

ENTWURF

Stand: 19.01.2012

SPD-Bundestagsfraktion

Positionspapier

**Sozialdemokratische
Industriepolitik**

—

**Impulse für den
Standort Deutschland**

Inhalt

Ausgangslage	3
I. Kernelemente sozialdemokratischer Industriepolitik	4
II. Industrie in Deutschland	7
III. Den Industriestandort Deutschland 2020 sichern: Sozialdemokratische Forderungen	9

Ausgangslage

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten – anders als andere Länder - daran festgehalten, seine Industrie nicht aufzugeben, sondern weiterzuentwickeln. Dank einer vorausschauenden Politik der SPD und einem konstruktiven Zusammenspiel von Gewerkschaften und Unternehmen mit der Zielsetzung der Modernisierung der Produktion und Humanisierung der Arbeit gilt auch im internationalen Vergleich: Der industrielle Sektor mit einem starken Mittelstand bildet in Deutschland ein Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die industrielle Wertschöpfungskette hat eine Ankerfunktion für die Güterproduktion in der Zulieferkette und für zahlreiche Dienstleistungssektoren. Gerade auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt: Deutschland ist aufgrund seines starken industriellen Kerns gut durch die Krise gekommen.

Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz mit dem langfristigen Ziel, die ambitionierten, nationalen Klimaziele zu erreichen, Rohstoff- und Flächenverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird.

Funktionsfähige Finanzmärkte sind eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Industrie und zentrale Voraussetzung für Investitionen. In den vergangenen Jahren haben ungezügeltere Spekulationen an den Finanzmärkten großen Schaden angerichtet. Die Lehre muss lauten, dass die Finanzmärkte reformiert und neu geordnet werden müssen. Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt dürfen unreguliert bleiben. Wir brauchen wieder seriöse, nachhaltig funktionierende Finanzmärkte, die ihre ureigene Aufgabe erfüllen, nämlich Konsumenten und Wirtschaft mit soliden Finanzierungen zu versorgen und ihnen transparente Anlagemöglichkeiten zu bieten. Wir müssen die Weichen für gute Standortbedingungen im Jahr 2020 jetzt stellen. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik müssen sich jetzt auf die Herausforderungen einstellen.

Mit Sorge ist zu beobachten, wie die Bedeutung der Industrie und der Produktion immer stärker aus dem öffentlichen Bewusstsein gerät. Viele scheinen nicht mehr zu wissen oder bestreiten sogar, dass die Leistungskraft der Industrie eine Grundlage unseres Wohlstands und für Beschäftigung ist. Daher muss es auch darum gehen, einen Diskurs zu Rolle und Selbstverständnis sowie gesellschaftlicher Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie zu führen. Dabei muss klargestellt werden, dass die Verantwortung Deutschlands für mehr Umweltschutz, Energieeffizienz, nachhaltige Entwicklung und zur Begrenzung des Klimawandels nicht im Gegensatz zur industriepolitischen Entwicklung steht, sondern beides einander bedingt.

Durch die Finanzkrise wurde ein Wachstum infrage gestellt, das durch den Raubbau an Ressourcen dem Wohlstand von Morgen die Grundlage entzieht, das wenige bereichert und immer mehr Menschen abhängt. Wir müssen die Ziele und Maßstäbe

unseres Wirtschaftens neu definieren. Es gilt, nachhaltige Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt in den Mittelpunkt zu rücken.

Die genannten Herausforderungen erfordern systemisches Wissen, um Zusammenhänge zu erkennen und daraus Lösungen für die Zukunftsfragen zu entwickeln. Dies ist auch das Ziel der EU-Strategie 2020, wenn dort von wissensbasierter Wirtschaft gesprochen wird. Die weltumspannende Arbeitsteilung nimmt an Intensität zu, und die Vorstellung von nationalen Sektoren und Industrien, die kaum in Wechselwirkung mit der übrigen Welt stehen, entspricht immer weniger der Wirklichkeit. Unsere Politik kann sich nicht außerhalb des europäischen Kontextes bewegen. Die Industrienation, die es schafft, die Infrastruktur, die Energiefrage, die Produkt- und Produktionsbasis im eigenen Land nachhaltig auszurichten und dabei den Wohlstand der Gesellschaft zu erhalten und gleichzeitig angepasste Lösungen für nachholende Nationen zu entwickeln, wird wirtschaftlich die Nase vorn haben.

Antworten auf Fragen nach der Zukunft des Industriestandortes Deutschland können die Unternehmen in mancher Hinsicht am besten selbst geben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher im Jahr 2011 im Rahmen eines „Branchendialogs“ intensive Gespräche mit Unternehmensvertretern verschiedener Branchen geführt. Gegenstand der Gespräche war das gesamte Spektrum industriepolitischer Handlungsfelder.

Die SPD-Bundestagsfraktion will mit diesem Papier dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen, damit Deutschland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen kann und auch im Jahr 2020 ein wirtschaftlich erfolgreicher Industriestandort ist.

I. Kernelemente sozialdemokratischer Industriepolitik

Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Der Strukturwandel ist mittels einer modernen, integrierten Industriepolitik aktiv zu begleiten. Ein industriepolitisches „Weiter so“ – wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat - wird den Herausforderungen nicht gerecht, weil damit wegweisende Abhängigkeiten ignoriert werden. Ziel muss hingegen sein, die Bedeutung der Industriepolitik, innerhalb einer modernen Wirtschaftspolitik wieder zu erkennen, ihr einen besonderen Stellenwert einzuräumen und aktive Industriepolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Vollbeschäftigung und als Kernelement zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu fördern. Für die SPD ist dies Teil ihres Markenkerns. Sozialdemokratische Industriepolitik ist Politik für einen neuen Fortschritt in Deutschland.

Wir brauchen eine integrierte Industriepolitik. Denn wir verstehen Industriepolitik als Querschnittsaufgabe zugunsten des verarbeitenden Gewerbes und als Klammer von Standort- und Wettbewerbspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik,

Umwelt- und Energiepolitik Technologiepolitik, Mittelstandspolitik und Europa- und Außenwirtschaftspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen. Nur wenn wir diese Politikfelder gemeinsam im Sinne einer integrierten Industriepolitik denken, können wir die Herausforderungen des Strukturwandels erfolgreich bewältigen und unsere Industrie zukunftsfest machen.

Hinter dem jüngsten Erfolg der deutschen Industrie stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ohne ihre Kreativität und ihr Engagement in den Unternehmen und Betrieben wäre ein solcher Erfolg nicht möglich. Aus diesem Grund stehen die Beschäftigten im Vordergrund einer zukunftsorientierten Industriepolitik der Sozialdemokratie. Entscheidend für die Entwicklung und Zukunft des Standortes ist die Kooperation der kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft.

Sozialdemokratischer Politik geht es um die Gestaltung der Arbeitswelt von morgen: Wissen und Information entscheiden zunehmend über wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen und berufliche Perspektiven der Beschäftigten. Diese Veränderungen bewirken einen Wandel der Arbeitsstrukturen und -verhältnisse. Die Neubewertung der Arbeit steht im Zentrum der Politik der kommenden Jahre. Sie ist eine Schlüsselfrage der Zukunft. Die Industrie ist durch den aufgewerteten Faktor Arbeit zu stabilisieren und zukunftsfest zumachen. Industriepolitik muss sich ebenso am Leitbild der „guten Arbeit“ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Industrie.

Wir stehen für eine integrierte Industriepolitik, die für eine Modernisierung klassischer Industriezweige genauso die notwendigen Rahmenbedingungen schafft wie für Zukunftsindustrien, um den Strukturwandel in seiner Gänze zu erschließen. Hieraus ergeben sich Chancen und Potenziale, aber auch Herausforderungen, etwa wenn es um die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse geht.

Industrie ist ein wichtiger Motor für Innovation in Deutschland: Wir wollen technologische Innovation dazu nutzen, um gute Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken. Nicht als blinde Fortschrittsgläubigkeit, sondern als Hilfsmittel zur Lösung der gewaltigen Herausforderungen, die vor uns liegen. Angesichts des Handlungsdrucks sind „revolutionäre“ Technologiesprünge in industriellen Kernbereichen wie der Energieerzeugung und -verwendung sowie Stoffnutzung notwendig. Durch technologischen Fortschritt können wir nachhaltigen Wohlstand erzielen und gleichzeitig unsere Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

Traditionelle und neue Industrien dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die klassischen industriellen Kernkompetenzen Deutschlands liegen bisher im Maschinen- und Anlagenbau, in der Chemie, der Elektrotechnik, dem Schiffbau, dem Stahl oder dem Automobilbau. Sie bilden das Rückgrat der Wirtschaft und haben grüne Technologien erst ermöglicht. Wir brauchen auch für unsere klassische Industrie verlässliche Rahmenbedingungen und vor allem eine nachhaltige,

bezahlbare Energieversorgung. Mit der Energiewende eröffnen sich zudem neue Potenziale für die deutsche Industrie und Perspektiven für neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze.

Wir brauchen eine nachhaltige Industriepolitik statt unregulierter Märkte. Der Strukturwandel ist offensiv anzugehen. Ökonomische Effizienz, soziale Balance, effiziente Nutzung und Schonung der natürlichen Ressourcen sind Eckpunkte einer solchen Strategie. Mit einer Modernisierung der Industrie gestalten wir heute die Arbeits- und Lebensperspektiven zukünftiger Generationen.

Wir müssen Europas Industrie modernisieren: Europas Krise muss mit einem „Industriellen Erneuerungsprogramm“ für Europa (European Industrial Recovery Program) beantwortet werden. Ziel sind Investitionen in die industrielle Modernisierung, in Forschung und Entwicklung, um die Stärken der jeweiligen Länder zu stärken. Dazu gehört auch der Ausbau der europäischen Energienetze. In einem europäischen Dialog müssen alle Stakeholder und insbesondere Gewerkschaften und Sozialpartner miteinbezogen werden, um die strukturellen Veränderungen zu bewältigen und zur Gestaltung einer ressourcen- und energieeffizienten Industrie beizutragen.

Der Politik kommt die Aufgabe zu, für die Wirtschaft Bedingungen herzustellen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in globalisierten Märkten sichert und verbessert. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch gezeigt, dass die Gestaltung der Wertschöpfungsstrukturen nicht den Marktkräften allein überlassen werden kann. Mit einer modernisierten Industriepolitik müssen wir den Kurs der Wirtschaft in ein Zeitalter u.a. der Mobilität und der Energie- und Rohstoffeffizienz steuern.

Der Markt muss klare Rahmenbedingungen haben. Auf vielen Feldern sind politisch gesetzte Anreize und Leitplanken erforderlich, um Industrieproduktion zukunftsfähig zu machen und nachhaltig zu gestalten. Die Politik muss dies auch gegen Widerstände durchsetzen. Das bedeutet allerdings keine staatliche Alleinzuständigkeit für die Wirtschaftsentwicklung. Die Geschichte zeigt, dass eine solche Alleinzuständigkeit eher das Gegenteil von positiver wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ist. Aber die zunehmenden Eingriffe z.B. durch Kartelle und Verträge zwischen Staaten zur Sicherung der Rohstofflieferungen machen deutlich, dass wachsende Teile von wirtschaftlichem Handeln nicht allein über das Marktgeschehen gestaltet werden und auch in Zukunft nicht gestaltet werden können.

Die Kreativität, die aus dem Wettbewerb zwischen Unternehmen um bessere Produkte und Lösungen entstehen kann, ist die Grundlage für die Dynamik der Wirtschaft und sollte gefördert werden. Die deutsche Umweltindustrie ist das Beispiel für erfolgreiche Industriepolitik durch eine im gesellschaftlichen Konsens erfolgte wirtschafts- und investitionspolitische Schwerpunktsetzung.

Die wirtschaftliche Stärke unseres Landes liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Industrie und

Dienstleistungen sind kein Gegensatz: Der Ausbau moderner Industrien ist stets gekoppelt an nachgelagerte und vor allem hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich; umgekehrt wären weite Teile der Dienstleistungswirtschaft ohne eine starke industrielle Produktion in Deutschland jedoch nicht vorhanden.

Nach einer aktuellen Prognos-Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2020 bildet die bisherige statistische Klassifikation von Branchen und Sektoren die tatsächlichen Wertschöpfungsstrukturen unserer Wirtschaft nicht mehr adäquat ab. Die Bereiche seien bereits heute derart vernetzt, so dass die Trennung der bisherigen Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen aufgegeben werden müsse. Die Trennlinien zwischen den Sektoren haben an Bedeutung verloren und werden weiter verlieren. Eine Differenzierung zwischen Industrie und Dienstleistungen wird immer schwerer – Wertschöpfung findet zunehmend im Zusammenspiel statt. Angesichts dieser Entwicklung ist in Frage zu stellen, inwieweit an der fördertechnischen und –politischen Unterscheidung zwischen den Sektoren festzuhalten ist.

Mit unserer Politik wollen wir im In- und Ausland unserer ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden. Orientierung für Staaten und Unternehmen bieten dabei die ILO-Kernarbeitsnormen, die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und die UN-Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten.

Industrie- und Dienstleistungsprozesse stehen im Zentrum des Strukturwandels. Sozialdemokratisches Kernanliegen ist es, den notwendigen Strukturwandel mit sicheren Arbeitsplätzen, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Die SPD hat mit ihrem Finanzierungskonzept eine solide Grundlage vorgelegt, das die in diesem Konzept beschriebenen notwendigen Investitionen sichert.

II. Industrie in Deutschland

Die industrielle Produktion ist nach wie vor das wesentliche Standbein der deutschen Wirtschaft. Die deutsche Industrie (Verarbeitendes Gewerbe) hat in den letzten 15 Jahren ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt gehalten: Der Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche lag 2008 bei 23,5 Prozent – etwa ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet.

Ende September 2010 waren in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes (mit 50 und mehr Beschäftigten) gut fünf Millionen Personen tätig. Zu den Branchen mit den meisten Beschäftigten zählen der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die Herstellung von Metallerzeugnissen, der Bereich der Nahrungsmittel, die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen, die Branche Gummi- und Kunststoffwaren sowie die chemische Industrie¹. Zusammen mit den produktionsnahen Dienstleistungen

¹ Statistisches Bundesamt vom 28.04.2011

hängen etwa 60 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland direkt oder indirekt von

der industriellen Produktion ab. Etwa 97 Prozent der Exporte und etwa 90 Prozent der FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft werden vom Verarbeitenden Gewerbe getätigt.

Die industrielle Produktion ist nach wie vor eine der tragenden Säulen unseres Wachstums und macht noch knapp ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes unseres Landes aus – ein weitaus größerer Teil als in vergleichbaren Volkswirtschaften. An der industriellen Produktion hängt demnach vieles von dem, was den Wohlstand unseres Landes ausmacht: die Exportwirtschaft mit ihren großen Beschäftigungseffekten, öffentliche Einnahmen zur Finanzierung staatlicher Aufgaben und des öffentlichen Dienstes, Forschung und Entwicklung und eine Vielzahl von Dienstleistungen. Und nicht zuletzt: die Stärke traditioneller Industriezweige wie Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiffbau, Stahl, Automobilbau und Chemie ist Voraussetzung für den Erfolg „grüner“ Anwendungstechnologien in Deutschland.

In Deutschland werden zu einem hohen Prozentsatz auch vergleichsweise einfache Standardprodukte hergestellt. Das geschieht vor allem in der Kunststoff- und Gummiproduktion sowie in den Branchen Ernährung, Recycling, Papier und Druck. In diesen Wirtschaftszweigen arbeitet rund die Hälfte der Industriebeschäftigten. Hier sind mehr als 30 Prozent der Belegschaften Einfacharbeiter. Im Automobil- und Maschinenbau ist der Einfacharbeiteranteil deutlich geringer.

Die Zahl der einfachen Industriearbeitsplätze hat abgenommen. Einfacharbeit ist aber trotzdem kein Auslaufmodell. Nach Daten des Mikrozensus 2007 waren mehr als ein Fünftel der Industriearbeitsplätze (1,6 Millionen/22 Prozent) relativ einfache Routineaufgaben, für die keine Berufsausbildung nötig ist und die nach kurzer Einarbeitungszeit ausgeführt werden können. Die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze sind unbefristet, also keineswegs prekär, obwohl Leiharbeit, Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Werkverträge in letzter Zeit zunehmen.

III. Den Industriestandort Deutschland 2020 sichern: Sozialdemokratische Forderungen

Die SPD-Bundestagsfraktion steht zum Industriestandort Deutschland. Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den Umbau von Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung gemäß den jeweiligen Zielen bei der CO₂-Minderung. Aktive Industriepolitik ergreift die Chancen des Strukturwandels. Um die Zukunft des Industriestandorts Deutschland mit Blick auf das Jahr 2020 zu sichern, sind jetzt Maßnahmen notwendig:

1. Standortbedingungen für die Industrie durch ein Impulsprogramm für Investitionen verbessern - Gesellschaftliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten voranbringen

Ein Schlüssel für Wohlstand und Arbeit in der Industrie von morgen ist eine gezielte Investitions- und Modernisierungsstrategie und die Schaffung von guter Arbeit für die Zukunft. Für grundlegende Infrastruktureinrichtungen, wie die Netze für Energie, Verkehr und Telekommunikation, muss der Staat durch geeignete Rahmenbedingungen, indem z.B. die gleichzeitige Verlegung von Infrastruktureinrichtungen (insbesondere bei Telefon und Strom) erleichtert wird, eine zügige Modernisierung gewährleisten. Investitionen in diese Netze sichern Wohlstand und Arbeit von morgen. Die Energiewende bietet hier eine einmalige Chance, die nicht verspielt werden darf: Gerade jetzt, nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung ihren Irrtum der Laufzeitverlängerung zurückgenommen hat, kommt es darauf an, den Umbau des Energiesystems konsequent fortzusetzen und dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen auf den Weg zu bringen. Zu diesem Umstieg bekennt sich zwar auch die heutige Bundesregierung, bleibt aber weit hinter den notwendigen Maßnahmen zurück.

Als Grundlage für neues Wachstum und für die Arbeit von morgen braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Es muss ein intelligentes Energienetz geschaffen werden, das auf den Ausbau der erneuerbaren Energien hin angelegt ist. Deutschland braucht eine Strategie, mit der eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg gebracht wird. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum.

Industriearbeitsplätze in einer erfolgreichen Wirtschaft wird es nur geben, wenn die Infrastruktur stimmt. Insbesondere neue Energien brauchen eine veränderte Transportinfrastruktur. Die Modernisierung und der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze ist eine der vorrangigen Aufgaben der nächsten Jahre. Diese Maßnahmen benötigen beschleunigte Entscheidungsprozesse und Planfeststellungsverfahren. Für derart umfangreiche Investitionsprojekte von nationaler Bedeutung braucht es eine umfassende, frühzeitige Bürgerbeteiligung und eine aktive Begleitung der Politik, um einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Die gesellschaftliche Akzeptanz des Wandels zu einer regenerativen

Energiewirtschaft ist prinzipiell vorhanden, scheitert aber häufig an den konkreten Infrastrukturvorhaben: Sie treffen vielfach vor Ort auf erheblichen Widerstand.

Viele Projekte stoßen auf mangelnde Akzeptanz, weil grundsätzlich in Frage gestellt wird, dass überhaupt ein Bedarf für sie besteht. Deshalb ist es zwingend, dass der Bedarf für Infrastrukturprojekte transparent und unter Mitwirkung der Öffentlichkeit ermittelt und festgelegt wird.

Dabei müssen alle Beteiligten – Politik, Netzbetreiber, Energieerzeuger – im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern um Akzeptanz für Investitionen in Energieinfrastrukturprojekte werben. Konfrontation kann zur Blockade führen und lässt Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen möglicherweise in andere Industriestaaten abwandern. In diesem Zusammenhang brauchen wir einen neuen gesellschaftlichen Konsens, der die Bedeutung der Infrastruktur für unseren Wohlstand kommuniziert, und in dem wir uns darüber verständigen, wie die Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft aussehen soll. Daran müssen Gesellschaft, Unternehmen und Politik gemeinsam arbeiten.

Am Ende müssen Entscheidungen, die demokratisch legitimiert und unter breiter Beteiligung der Bevölkerung getroffen worden sind, dann aber auch von allen mitgetragen werden. Entscheidungen zur Infrastruktur müssen für alle Akteure verlässlich sein.

Wir brauchen:

- Ein Impulsprogramm für Investitionen zur Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur;
- Eine koordinierte Investitionspolitik, die sich an Leitmärkten und Leittechnologien orientiert;
- Eine gezielte steuerliche Förderung für Unternehmen, die real investieren. Besonders erwünschte Investitionen, vor allem in den Bereichen Energie und Ressourceneffizienz, müssen durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) gefördert oder mit einer Investitionszulage bedacht werden. Es werden dabei nur Investitionen gefördert, die über den Durchschnitt der letzten fünf Jahre hinausgehen, soweit sie sich nicht während der Nutzungsdauer durch Kosteneinsparungen refinanzieren und nicht bloße Ersatzinvestitionen begünstigt werden; Maßnahmen für den schnelleren Bau von mit einem stetig wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien kompatibler Kraftwerkskapazitäten in der Übergangszeit bis zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien – hiervon sollten vor allem mittelständischen Unternehmen profitieren. Darüber hinaus bedarf es einer zügigen Vervollständigung in Bau befindlicher, rechtskräftig bewilligter Kraftwerke; Einen Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke, der ein entsprechendes
- Betätigungsfeld mit hochqualifizierten Arbeitsplätzen für die Industrie eröffnet;
- Investitionen in die Modernisierung der Produktionsstätten - denn die
- Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird entscheidend davon abhängen,

- wie schnell Technologien zur Energie- und Ressourceneffizienz Eingang in die Produktionsprozesse finden;
- Eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, mit der in Abstimmung mit den Bundesländern die Anreizregulierung derart ausgestaltet wird, dass hierdurch entsprechende Netz-Investitionen ausgelöst werden, die eine schnelle Vollversorgung mit dezentral erzeugten Erneuerbaren Energien ermöglicht;
 - Die Vorlage einer Speicherstrategie, die der Erschließung von Energiespeichern aller Arten dient;
 - Eine Verstärkung der Mittel der KfW-Förderung zum energetischen Sanieren und Bauen im Bundeshaushalt, die auf zwei Milliarden Euro jährlich angehoben und dann schrittweise ausgebaut wird, um eine Steigerung der Sanierungsquote zu erreichen, eine warmmietenneutrale Sanierung zu ermöglichen sowie Planungssicherheit für Mieter, Vermieter und Wirtschaft herzustellen und Arbeitsplätze zu sichern. Im Gegenzug zur verbesserten Förderung Absenkung der Umlagemöglichkeit bei Maßnahmen der energetischen Sanierung von 11 auf 9 Prozent, um Belastungen für Mieter abzufedern. Keine steuerliche Förderung bei selbstnutzenden Wohnungseigentümern, sondern eine direkte Zulage, um eine gleichmäßige und einkommensunabhängige Begünstigung zu erreichen;
 - Eine Verbesserung der Bedingungen für Auslandsinvestitionen - dazu wollen wir das Hermes-Bürgschaften Programm und die Investitions Garantien zur Absicherung von Auslandsinvestitionen überprüfen und die Zollarabwicklung vereinfachen. Entscheidungen über die Außenwirtschaftsförderung müssen den Hermes-Umweltleitlinien von 2001 entsprechen, die unter anderem den Export von Nukleartechnologie ausschließen, und auf sozialen und menschenrechtlichen Standards beruhen;
 - Einen neuen gesellschaftlichen Konsens für die dringend benötigte Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland, der die Bedeutung der Industrie berücksichtigt und eine neue Akzeptanz schafft. Gesellschaft, Unternehmen und Politik müssen diesen Prozess umsetzen bzw. fortentwickeln;
 - Eine frühzeitige und umfassende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung neuer Infrastrukturvorhaben ist in allen Phasen sicherzustellen, die gleichzeitig auch eine Straffung der Verfahren ermöglicht;

2. Sicherung des Fachkräftebedarfs

Die Stärke der Industrie beruht auf gut ausgebildeten Fachkräften. Der demografische Wandel wird den Wettbewerb um Fachkräfte in den kommenden Jahren spürbar verschärfen. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften kann zum Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung führen.

Industrieprozesse sind zunehmend wissensbasiert - Deutschlands Potenzial sind hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit produktionsbezogenem Know-how und hohem Fachwissen. Dieses Potenzial muss gesichert und durch eine Bildungs- und Qualifikationsoffensive weiterentwickelt werden.

Eine verantwortungsbewusste Politik zur Deckung des aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarfs muss differenziert und vorausschauend sein. Politik und Unternehmen sind in gleichem Maße gefordert, den Arbeitsmarkt der Zukunft zu gestalten. Um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, schlagen wir eine gemeinsame Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik vor. Wir müssen alles tun, um die Potenziale unserer Gesellschaft besser auszuschöpfen, brauchen aber gleichzeitig gezielte Einwanderung. Wir treten dafür ein, dass Deutschland sein Einwanderungsrecht weiter fortentwickelt, um dringend gebrauchte Fachkräfte noch stärker als bisher anzuwerben und diesen eine unkomplizierte Integration in den deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Besonders schwierig ist die Situation weiter für Geringqualifizierte in häufig nur prekären Beschäftigungsverhältnissen. Im Hinblick auf die Sicherung des Fachkräftebedarfs sind daher Weiterbildungsinitiativen geringqualifizierter und behinderter Beschäftigter erforderlich. Die Unternehmen sind gefordert, weitere Anstrengungen zu unternehmen und nicht genutzte Potenziale durch geeignete betriebliche und überbetriebliche Maßnahmen zu aktivieren.

Das Thema Qualifizierung gerät aber auch vor einem anderen Hintergrund noch stärker in den Fokus: Entwicklungen, ob im Bereich der Technologien oder infolge des Umbaus unseres Energiesystems, stellen große Herausforderungen für die Anpassung der Qualifizierung im Bereich der Industrie dar. Neben den neuen Infrastrukturen werden völlig neue Qualifikationen benötigt - das Anforderungsprofil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ändert sich, neue Berufsbilder entstehen. Wir brauchen eine entsprechende Anpassung der Ausbildungsordnungen und des Fort- und Weiterbildungsangebotes für die Beschäftigten in den davon betroffenen Branchen. Dieser Herausforderung, das Berufsbildungssystem in geeigneter Weise weiterzuentwickeln, haben sich die Sozialpartner zu stellen.

Gerade hochqualifizierte Fachkräfte sind der Schlüssel um auch in Zukunft international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deshalb müssen konsequent mehr Menschen mit beruflichen Qualifikationen für ein Studium gewonnen werden. Eine erheblich höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung ist zwingend notwendig. Die erfolgreichen Regelungen hierzu, mit denen in SPD-geführten Bundesländern bereits gute Erfahrungen gemacht wurden, müssen gemeinsam mit den Hochschulen weiter ausgebaut werden. Um Übergänge spürbar zu verbessern, ist neben einer besseren Studierendenbetreuung besonders die Unterstützung in der Studieneingangsphase notwendig. Zentrale Bedingung für diese Öffnung der Hochschulen ist eine ausreichende Zahl von Studienplätzen, die auch in Zukunft in gemeinsamer Zusammenarbeit von Bund und Ländern geschaffen werden müssen. Im Zuge des Ausbaus der Hochschulen sind deshalb auch zusätzliche zu entwickeln.

Wir brauchen:

- Eine Allianz gegen Fachkräftemangel als gemeinsame Aktion von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik;

- Die Einrichtung bzw. den Ausbau regionaler Fachkräftedialoge, um jeweils vor Ort auf Basis regionaler Arbeitsmarktanalysen regionale Fachkräftestrategien entwickeln zu können;
- Eine Berücksichtigung geänderter Anforderungsprofile und neuer Berufsbilder bei der Novellierung von Ausbildungsordnungen;
- Eine Förderung der Beschäftigten durch verstärkte Aus- und Weiterbildung sowie die gezielte Förderung geringqualifizierter und behinderter Beschäftigter;
- Ein Recht auf Ausbildung - In Deutschland leben etwa 1,5 Millionen Jugendliche ohne Schul- und Berufsabschlüsse und es gibt mindestens vier Prozent erwachsene Analphabeten, die besser gefördert werden müssen;
- Eine familien- und gleichstellungsorientierte Arbeitszeit- und Personalpolitik;
- Verbesserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer;
- Eine Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen, deren Potentiale bisher nicht vollständig ausgeschöpft wurden;
- Bessere Erwerbschancen für Frauen, ältere Fachkräfte sowie Migrantinnen und Migranten;
- Die Unternehmen sind gefordert, künftig mehr als bisher Qualifikation und Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter weiter auszubauen bzw. zu erhalten, auch durch eine den Lebensphasen angepasste Gestaltung der Arbeitsbedingungen;
- Die Anerkennung des Prinzips des lebenslangen Lernens, stärkere Nutzung und Förderung der Qualifizierung während des gesamten Erwerbslebens;
- Anreize und bessere Unterstützung sowohl für Arbeitnehmer wie für deren Arbeitgeber, berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu einem Studium wahrzunehmen;
- Einen Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung durch die Unternehmen sowie eine Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements;
- Eine Hebung der Potenziale durch verstärktes Wissensmanagement und einen Transfer der Älteren auf die Jüngerer;
- Eine abgestimmte Fachkräfteoffensive, mit der für MINT-Berufe (Mathematik, Ingenieure, Naturwissenschaftlich-technische Berufe) geworben wird und diese auch attraktiver werden: Mit einem Aktionsprogramm „Aufstieg Berufliche Bildung“ sollen gezielt neue Aufstiegsmöglichkeiten im MINT-Bereich geschaffen werden. Beruflich Qualifizierten soll der Zugang zum Studium erleichtert werden. Meistern und Technikern muss der direkte Zugang zum Master-Studium möglich sein. Hochschulen sind beim Aufbau, Angebot und Ausbau entsprechender, zielgruppenspezifischer Angebote zu unterstützen;
- Einen gemeinsamen Bildungspakt als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Damit sollen Länder und Kommunen so ausgestattet werden, dass sie ihren Teil zu einer nationalen Bildungsoffensive beitragen können. Darüber hinaus sind mittelfristig Lösungen zu finden, um Bildungsinvestitionen im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe auch gemeinsam leisten zu können;
- Allein die heimischen Potentiale reichen mit Blick auf die demografische

Entwicklung nicht aus: Deshalb brauchen wir auch eine gezielte Einwanderung, die jedoch nicht zu Lasten der Entwicklung in den Herkunftsländern führen darf („Brain-Drain“). Auch die Potenziale ausländischer Absolventen deutscher Hochschulen gilt es besser zu nutzen, indem die Perspektiven zum Bleiben verbessert werden.

- Im Ausland erworbene Abschlüsse müssen besser anerkannt werden. Menschen mit diesen Abschlüssen brauchen in Deutschland einen Rechtsanspruch auf eine wohnortnahe Beratungsstelle und auf eine laufende Beratung im Verfahren. Außerdem muss ein Rechtsanspruch auf Nachqualifizierung etabliert werden.

3. Gute Arbeit, starke Sozialpartnerschaft und kooperative Unternehmensführung - Eckpfeiler moderner Industriepolitik

Aktive Industriepolitik muss sich am Leitbild Gute Arbeit orientieren. Gute Arbeit ist zentrale Voraussetzung für die Bewältigung des Strukturwandels und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Qualifizierung und faire Löhne sind keineswegs allein sozialpolitische Fragen, sondern vor allem wachstums-, innovations- und investitionspolitische Voraussetzungen. Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung, Arbeitszeitgestaltung, Arbeitsintensität und Arbeitsplatzsicherheit sind ein Gestaltungsauftrag auch an die Unternehmen. Für im Ausland tätige deutsche Unternehmen sind als Minimum die ILO-Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verpflichtend.

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sind eine bewährte Grundlage für eine gute Unternehmenskultur. Sie sind Erfolgsfaktor und Wettbewerbsvorteil für Unternehmen. Eine erfolgreiche Erneuerung der industriellen Basis kann umso besser gelingen, je mehr Beschäftigte in diesen Prozess einbezogen werden.

Gute Unternehmensführung steht für Kooperation. Die Unternehmenspraxis zeigt, dass dort, wo eine konsequente Ausrichtung des Managementhandelns auf Kooperation und Partizipation mit den Beschäftigten und ihrer Interessenvertretung erfolgt, die Qualität der Unternehmensführung zunimmt. Gute Unternehmensführung steht schon heute für wirtschaftlichen Erfolg. Sozialpartnerschaft lohnt sich.

Zu moderner Unternehmensführung gehört auch Corporate Social Responsibility (CSR), d. h. die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch die Unternehmen über gesetzliche Anforderungen hinaus. CSR ist ein wesentlicher Beitrag der Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Handlungsfeldern Markt, Umwelt, Arbeitsplatz und Gemeinwesen. Bei transnationalen Unternehmen umfasst die gesellschaftliche Verantwortung auch Tochterfirmen und Kooperationspartner im Ausland. Strategisch angelegte CSR wird zunehmend zu einem Wettbewerbsvorteil und stärkt gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt. International agierende Unternehmen tragen hier eine besondere Verantwortung, insbesondere wenn sie auf schwach regulierten

Märkten und politisch instabilen Staaten - vor allem in prosperierenden Schwellen- und Entwicklungsländern - tätig sind. Diese Verantwortung gilt es aus sozialstaatlicher Perspektive einzufordern und nachhaltig zu unterstützen. Wir wollen Verbindlichkeit durch Rechenschafts- und Transparenzpflichten zu sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen im Kerngeschäft und entlang der Lieferkette, so wie dies im Entwurf der EU-Richtlinie für eine neue europäische CSR-Strategie vorgesehen ist.

Wir brauchen:

Eine aktive Industriepolitik für Vollbeschäftigung, insbesondere die offensive Schaffung

- von ordentlichen Arbeitsplätzen;
Eine Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit. Dazu gehören gleiche
- Bezahlung für gleiche Arbeit, eine Begrenzung der Verleihzeit, Verbot der Synchronisation und der konzerninternen Verleihung, Stärkung der Betriebsräte und Gewerkschaften sowie Schaffung und Verbesserung von Weiterbildungsangeboten;
Eine Reform der Mini-Jobs, die größere Anreize für die Aufnahme einer
- umfangreicheren Tätigkeit setzt und geringfügig Beschäftigte besser absichert;
Einen flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro
- pro Stunde;
Die Durchsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige
- Arbeit“ und gleiche Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen; Mehr Frauen in Führungspositionen, dafür muss für Aufsichtsräte und Vorstände eine
- Geschlechterquote von 40 Prozent gelten;
Die Fortentwicklung von Arbeits- und Gesundheitsschutz auch im Sinne der
- Humanisierung der Arbeitswelt;
Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung,
- die durch Jobvorsorge bereits während der Beschäftigung durch Bildungsangebote im Rahmen lebensbegleitendes Lernen die Beschäftigungsfähigkeit erhält und nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagiert;
Die Einrichtung verbindlicher Branchendialoge aller Beteiligten, um den
- industriellen Wandel erfolgreich zu gestalten;
Eine Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital;
- Mitbestimmung als eine Grundlage für die Bewältigung des industriellen
- Strukturwandels sicherstellen. Das VW-Gesetz ist hierfür beispielhaft;
Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und eines positiven Umfeldes
- für CSR;
Eine verbindliche Berücksichtigung gesellschaftlicher Verantwortung durch
- Unternehmen, in dem sie insbesondere
 - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fair behandeln, fördern und beteiligen,
 - für einen fairen Wettbewerb eintreten und
 - einen positiven Beitrag für das Gemeinwesen leisten
 - bei Auslandsaktivitäten ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards einhalten.

4. Ökonomischen und Ökologischen Wandel gestalten - Für eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung der Industrie

Der Umbau unseres Energiesystems ist ein wesentlicher Bestandteil moderner Industriepolitik. Eine verlässliche, umweltgerechte und nachhaltige Energiepolitik, die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Kosten garantiert, ist ein wesentlicher Standortfaktor.

Die nach sozialdemokratischen Vorstellungen umgesetzte Energiewende wird nicht zur Deindustrialisierung führen, sondern zu einem neuen Erfolgskapitel in der Industriegeschichte unseres Landes. Über die internationale Konkurrenzfähigkeit der Produktion entscheiden künftig in geringerem Maße die Arbeitskosten, viel stärker jedoch die Kosten für Energie, Rohstoffe und Materialien. Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung liegt darin, die Ressourceneffizienz und Energieproduktivität so weit zu steigern, dass Wachstum und Ressourcen-, Flächen und Energieverbrauch entkoppelt werden. Um der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, den Klimawandel abzumildern und mit den - bei steigendem Bedarf - zurückgehenden Rohstoffvorräten zurecht zu kommen, müssen in der Industrie ressourcen- bzw. flächenschonende Produktionsweisen die Regel werden, die nicht auf der Nutzung fossiler Kohlenstoffquellen beruhen.

Mit dem Klimawandel verbinden sich große Verpflichtungen, aber auch ebenso große Chancen für die Industrie - Umwelttechnologien und Umweltinnovationen und der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien sind in Deutschland längst zu einem verlässlichen Motor für Wachstum und Beschäftigung geworden. Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien bietet erhebliche Potenziale und ist zudem ein verlässlicher Jobmotor.

Bei einer Vielzahl von Rohstoffen bestehen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen anderer Länder, die z. B. dem WTO-Regime entgegenstehen. Dadurch wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beeinträchtigt. Für die deutsche Industrie bedeutet diese Entwicklung eingeschränkte Planungssicherheit, zum Teil erhebliche Beschaffungsengpässe und einen zunehmenden Druck hin zu einer höheren Ressourceneffizienz. Diese eröffnet gleichzeitig große Chancen, die eigenen Ressourcen in Form von Einsparungen und Recycling zu schonen und zu mobilisieren sowie Importabhängigkeiten zu senken. Es besteht nationaler und internationaler Handlungsbedarf. Trotz dieser neuen Herausforderungen gilt es die Rohstoffsicherung und -beschaffung an die Einhaltung sozialer, ökologischer und menschrechtlicher Mindeststandards zu knüpfen. Transparenz zu schaffen und international anerkannte Richtlinien sind als Grundvoraussetzung zu verstehen und müssen zum Leitbild moderner Rohstoffpolitik werden. Nur in einem global verstandenen Ansatz kann Rohstoffpolitik auch zukunftsweisende Industriepolitik sein. Deutschland muss seiner globalen Verantwortung im Rohstoffhandel gerecht werden.

Wir brauchen:

- Einen Aktionsplan zur Steigerung der Energie- sowie Rohstoff- und Materialeffizienz durch geeignete Förderung:

Unternehmen des produzierenden Gewerbes sollen schrittweise Energie- und Rohstoffmanagementsysteme einführen und sicherstellen, identifizierte Potenziale tatsächlich umzusetzen;
 Auflegen einer Effizienzinitiative und Schaffung eines Hocheffizienz-Gesetzes, um dazu beizutragen, dass bis zum Jahr 2020 20 Prozent des heutigen Primärenergiebedarfs eingespart wird;
 Ausbau zu einem umfassenden Recycling- und Pfandsystem von Rohstoffen und Materialien, einschließlich der Erhöhung der Recyclingquoten;
 Kraft-Wärme-Kopplung: Ausbau bis 2020 auf mindestens 25 Prozent Anteil an der gesamten Stromversorgung. Hierzu sind Benachteiligungen der KWK zu beseitigen und die Förderinstrumente zu optimieren.

- Die Vorlage eines Masterplans für die einzelnen Schritte der Energiewende für einen zielgerichteten Umbau des Energiesystems hin zu einem sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energiedienstleistungssystem.
- Eine Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien - der Umstieg in eine von erneuerbaren Energien dominierte Energieversorgung muss durch die Beibehaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Beseitigung von Hindernissen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorangetrieben werden;
- Eine Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Netzausbau - bei gleichzeitigem Ausbau der Beteiligungsrechte und -möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürger: Dazu sollen die Bürgerinnen und Bürger bereits in der Frühphase umfangreich eingebunden werden;
- Eine zielgerichtete Energieforschung als Beitrag zur Energiewende;
- Die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen durch
 - die Einführung eines unabhängigen „industriepolitischen Monitoring“, um kontinuierliche die Strom- und Energiepreis-, und Kostenentwicklung für Industrie und produzierendes Gewerbe zu überwachen;
 - die Herstellung gleichwertiger Wettbewerbsbedingungen, mit denen energieintensive Grundlaststromabnehmer ein Grundlaststromangebot zu akzeptablen Preisen erhalten - durch beihilferechtliche Überprüfung von niedrigeren Stromtarifen in anderen EU-Ländern sowie kartellrechtliche Überprüfung der hiesigen Strompreisbildung;
 - eine sachgerechte Umsetzung der Regelung, mit der eine angemessene Vergütung der durch die stromintensiven Industrien bereitgestellten und von den Netzbetreibern genutzten zu- und abschaltbaren Lasten vorgesehen wird; - die Durchsetzung der bereits 2008 in der Großen Koalition beschlossenen Befreiung von direkten und indirekten Kosten im europäischen Emissionshandel („Carbon Leakage“) für die energieintensive Industrie soweit eine signifikante Wettbewerbsintensität mit dem außereuropäischen Wirtschaftsraum nachweisbar ist;
- Der Markt für Energiedienstleistungen muss weiter gestärkt werden - Hemmnisse im Bereich der Energiedienstleistungen müssen überwunden werden, vor allem durch Beseitigung von Hemmnissen im Ordnungsrecht und durch eine Qualifizierungs-Offensive zur besseren Schulung von Architekten,

- Planern und Handwerksbetrieben;
- Eine sichere Rohstoffversorgung der Industrie durch:
 - Einen Abbau von nicht tarifären und WTO-widrigen Exportbeschränkungen: Wir wollen offene Märkte für einen diskriminierungsfreien und weltweit fairen Rohstoffhandel sichern und dieses Anliegen auf bilateralem und multilateralem Wege konsequent transportieren;
 - Regeln, um Rohstoffspekulation auf den Finanzmärkten einzudämmen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Absicherungsmöglichkeiten von Industrieunternehmen nicht über Gebühr beeinträchtigt oder unverhältnismäßig verteuert werden;
 - Neben der Entwicklung einer verbesserten Effizienzstrategie für den Rohstoffeinsatz müssen gemeinsam mit der Wirtschaft zukunftsorientierte Strategien zur Rohstoffsicherung entwickelt und umgesetzt werden;
 - Rohstoffförderung, -gewinnung und -recycling: Wir wollen deutsche Unternehmen für einen Wiedereinstieg in Rohstoffförderung und Rohstoffgewinnung (sog. Rückwärtsintegration) aktivieren, die Rohstoffgewinnung im Inland erleichtern und Stoffkreisläufe aufbauen und die Recyclingquoten für wichtige Rohstoffe erhöhen;
 - Die Schaffung eines einheitlichen Zertifizierungssystems für die Förderung und den Handel von Rohstoffen entlang der gesamten Lieferkette zur Einhaltung von Menschenrechten, sozialen und ökologischen Mindeststandards. Dazu setzen wir uns für den Ausbau der Internationalen Rohstofftransparenz-Initiative EITI ein, um deren Transparenzziele in nationale und internationale Gesetze und Normen zu integrieren.
 - Die Umsetzung einer projektbezogenen Offenlegung aller Transaktionen, die im Bereich Rohstoffhandel getätigt werden, so wie es die in den USA beschlossenen Dodd-Frank-Regelungen einfordern;
 - Zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung im Rohstoffbereich:
 - Substituierung von Rohstoffen, u.a. auch für mittelständische Unternehmen;
 - Steigerung der Rückgewinnung von bedeutenden Rohstoffen mit bislang beschränkten Recyclingmöglichkeiten;
 - Ausbau von Rohstoff-, Material- sowie Produktionsforschung: Vernetzung von Lehrstühlen, Instituten und Unternehmen;
 - Aufbau von Rohstoffpartnerschaften: Wir wollen die Beziehungen zu Rohstofflieferländern sowie Transitländern intensivieren;
 - Eine Ausnahmeregelung beim Rohstoffhandel für die am wenigsten entwickelten Länder, damit dort sensible Märkte und Produkte geschützt werden, um die Entwicklungschancen dieser Länder nicht zu gefährden.

<p>5. Technologische Leistungsfähigkeit der Industrie sichern Innovation fördern und den industriellen Mittelstand stärken</p>

Für eine zukunftsfähige Entwicklung der Industrie ist der technologische Fortschritt mitentscheidend. Innovationen sind der Schlüsselfaktor, um den tiefgreifenden

Veränderungen in der Gesellschaft und den globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Nur eine Volkswirtschaft, die sich technologisch auf die Zukunft einstellt, wird erfolgreich wachsen können.

Innovationen sind die Grundlage des technologischen Fortschritts. Innovationspolitik muss den technologischen Wandel in Märkten, die zunehmend durch eine Verkürzung der Innovationszyklen und steigende Herausforderungen der Globalisierung geprägt sind, durch Schaffung geeigneter Infrastrukturen unterstützen und somit Wachstumsimpulse verleihen. Hierbei kommt es darauf an, dass sich bestehende und neue Industrien effizient miteinander vernetzen. Wir brauchen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette - von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hochspezialisierten Hightechmittelständler; sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

Sozialdemokratische Industriepolitik setzt sich aber nicht nur für industrielle Forschung und Entwicklung von „High-End-Produkten“ ein, sondern unterstützt ebenso den Wandel in der Produktion, damit die gesamte industrielle und gewerbliche Wertschöpfungskette am Standort Deutschland erhalten bleibt. Zur Innovationsfähigkeit werden kompetente Menschen und wandlungsfähige Unternehmen gebraucht. Im Vordergrund muss daher insbesondere die Innovationsfähigkeit durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen – das Know-how der Beschäftigten ist Motor der Innovation. Humankapital muss von den Unternehmen noch mehr als bisher innovativ und nachhaltig eingesetzt werden, um die Industrie in der Lage zu versetzen, den Strukturwandel in einer sozial nachhaltigen Weise zu bewältigen.

Innovationen entstehen vor allem auch dort, wo sich Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung in Innovationsbündnissen zusammenschließen, um die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Regionen zu erhöhen. Die Förderung und Organisation von Innovationsprozessen und Netzwerkbildungen wird daher zunehmend im Vordergrund stehen müssen.

Dabei haben wir Bedarfswelder wie Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation genauso in den Blick zu nehmen wie Schlüsseltechnologien, Mikro- und Nanoelektronik, Optische Technologien, Mikrosystem-, Werkstoff- und Produktionstechnik, Dienstleistungsforschung, Raumfahrttechnologie und Informations- und Kommunikations-technologie, Rückbautechnologien sowie die Nano-, weiße und rote Biotechnologie. Eine sachgerechte Betrachtung und Abwägung der Chancen und Risiken ist dabei für uns selbstverständlich.

Digitalisierung und Vernetzung spielen heute in Unternehmensstrukturen wie in Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Der Softwarebereich gibt als Querschnittstechnologie wichtige Impulse für andere Wirtschaftszweige und besonders im Bereich der webbasierten Anwendungen werden sich zahlreiche neue Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle entwickeln. Wir wollen, dass Deutschland seine industrielle Erfolgsgeschichte fortsetzen und weiter auf die Strukturen seines

industriellen Clusters aufbauen kann – dazu ist der Produktionsstandort Deutschland auf die Entwicklung von IT-Infrastruktur angewiesen.

Starke Industrieunternehmen sind die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges. In Deutschland sind es vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die das Rückgrat dieser Dynamik ausmachen. Gerade mittelständischen Betriebe muss daher besondere Aufmerksamkeit gelten. Weil Innovationen häufig auch aus jungen Unternehmen hervorgehen, muss die Gründung neuer Unternehmen erleichtert und unterstützt werden. In Deutschland steht zu wenig privates Beteiligungskapital zur Verfügung – die Finanzierungsmöglichkeiten für Start-up-Unternehmen müssen verbessert werden.

Wir brauchen:

Eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei

- Innovationsanstrengungen und Umstrukturierungsprozessen;
Eine Innovationsstrategie für den Mittelstand:
- Förderung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung – additiv zur Projektförderung – durch die Einführung von Steuergutschriften („tax credits“), wobei sicherzustellen ist, dass die Einführung einer steuerlichen Förderung nicht zu Lasten der Projektförderung geht;
Zusätzliche Mittel für Effizienzforschung und Entwicklung:
- Die Erforschung und Entwicklung hocheffizienter Technologien durch die Industrie muss gezielt gefördert werden;
Eine Ausweitung von Forschung und Entwicklung für
- Stromspeichertechnologien;
Die Förderung regionaler Netzwerke und Cluster zur industriellen
- Schwerpunktsetzung; vorhandene Clusterpotenziale müssen bei der Wirtschaftsförderung stärker als bisher Berücksichtigung finden; in diesem Zusammenhang brauchen wir auch eine Stärkung der Wissens- und Forschungstransfer, d.h. aus der Forschung in die Praxis, von der Idee zum wirtschaftlichen Verwertung;
Eine Initiative zur Schaffung von mehr Technikverständnis: Dabei muss es vor
- allem darum gehen, technisches Verständnis schon in frühkindlicher und schulischer Bildung mehr als bisher zu fördern;
Eine Stärkung des industriellen Mittelstandes durch:
- - Die Umsetzung des nationalen und des europäischen Programms zum Abbau bürokratischer Informationspflichten um 25 Prozent. Da die meisten Bürokratiekosten durch Vorgaben aus Brüssel entstehen, die in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden müssen, gilt es, schon im Vorfeld diese Bürokratiekosten in den Richtlinien und Verordnungen der EU möglichst zu vermeiden;
Eine breite Förderung von Gründungen mit einem besonderen Schwerpunkt
- auf der Unterstützung von technologieorientierten / wissensbasierten Gründungen;
- Die Sicherstellung der Mittelstandsfinanzierung, insbesondere auch für eine Wachstumsfinanzierung junger Unternehmen, durch

- eine gemeinsame Anstrengung von Staat und Finanzwirtschaft zur Ausgabe einer Mittelstandsanleihe, die den Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft zu annehmbaren Konditionen sicherstellen kann;
- eine Prüfung, ob und an welchen Stellen die Rahmenbedingungen für private Beteiligungsgesellschaften verbessert werden können;
- Eine Unterstützung der Internationalisierungsanstrengungen des industriellen Mittelstandes durch eine stetige und auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen ausgerichtete Außenwirtschaftsförderung. Dazu gehört auch ein erleichterter Zugang zu den europäischen Förderprogrammen durch eine Flexibilisierung der europäischen KMU-Definition insbesondere im Bereich der Forschungsprogramme;
- Verstärkte Forschung und Entwicklung auf dem weiten Gebiet behinderungskompensierender Technologien, um die Chancen des demografischen Wandels für die Industrie zu nutzen.

6. Industriepolitik ist Mehr-Ebenen-Politik . Den Industriestandort zielgerichtet national koordinieren, stärker europäisch ausrichten und mit einer schlüssigen Handelspolitik flankieren

Gegenwärtig sind zentrale Politikbereiche und Instrumente von industriepolitischer Bedeutung wie Forschung und Entwicklung auf zahlreiche Bundesministerien verteilt, ohne dass eine zielorientierte Abstimmung erfolgt. Angesichts ihrer übergreifenden Bedeutung muss Industriepolitik von der Bundesregierung auch ressortübergreifend koordiniert werden. Insoweit besteht erheblicher Handlungsbedarf. Hierzu bedarf es neben einer Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen in einem Ministerium auch einer besseren Koordinierung wichtiger Bereiche der Forschungs- und Förderpolitik ohne Reibungsverluste. Industriepolitik machen auch die Länder, Regionen und Städte, deren Interessen in eine industriepolitische Gesamtausrichtung mehr als bisher Eingang finden müssen.

In gleichem Maße, wie Industriepolitik stärker national koordiniert werden muss, brauchen wir auch eine koordinierte Industriepolitik in Europa. Denn aktive Industriepolitik ist auch Mehrebenenpolitik: Der Schlüssel zum Erfolg einer modernen Industriepolitik kann nur in einem integrierten, branchenübergreifenden Ansatz liegen, der durch horizontale und sektorale Initiativen und Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene unterstützt wird. Industriepolitik muss wieder ins Zentrum europäischer Politik gerückt werden.

Der Wettbewerb zwischen Industrieländern und schnell wachsenden Schwellenländern wird immer schärfer. Die Industrie der EU konkurriert mit China, Brasilien, Indien und anderen Schwellenländern auch um hochwertige Produkte. Technologie, Infrastruktur und IKT werden im internationalen Wettbewerb zunehmend wichtiger. Die internationalen Wertschöpfungsketten sind immer verknüpft, der Wettbewerb um knappe Energie und knappe Rohstoffe und um Böden wird intensiver. Die Industrie der EU muss auch bei der Umstellung auf eine

CO₂-emissionsarme, ressourceneffiziente Wirtschaft die Führungsrolle übernehmen. Gleichzeitig darf diese Umstellung jedoch nicht zu Lasten rohstoffreicher Entwicklungsländer gehen. Die faire Ausgestaltung internationaler Handelsbeziehungen ist notwendige Voraussetzung. Nur in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung können wir die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sicherstellen.

Deutsche Unternehmen sind in vielen Bereichen weltweit führende Ausrüster. Eine industriepolitische Strategie ist deshalb durch eine schlüssige Handelspolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen und fairen Handelsregelungen im globalen Maßstab zu flankieren.

Wir brauchen:

- Die Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen auf nationaler Ebene, um die notwendige Stärkung der industriellen Basis koordiniert durchzusetzen ;
- Verbesserte Koordination industriepolitischer Belange und Zusammenführung bisher nicht zweckmäßig verteilter Zuständigkeiten einschließlich der damit verbundenen Finanzmittel;
- Klare Zielvorstellungen für die europäische Industrie mit Orientierungen z.B. für Energie- und Ressourceneffizienz. Mit der EU-Industriepolitik im Rahmen der EU-2020 Strategie werden bereits Maßnahmen verfolgt. Dabei ist auf verlässliche Rahmenbedingungen zu achten, so dass sich Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der europäischen Industrie weiterentwickeln können;
- Industriepolitik muss auch auf europäischer Ebene darauf achten, dass die industriepolitischen Interessen unseres Landes und der Unternehmen angemessen vertreten werden, ohne eine gesamteuropäische Industriepolitik aus dem Blick zu verlieren;
- Eine stärkere Verzahnung anderer Politikfelder wie Umwelt-, Handels- und Strukturpolitik mit der Industriepolitik sowie eine stärkere Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Dazu muss die Koordination auf europäischer Ebene verbessert werden;
- Zur Sicherung des Fachkräfteangebots eine stärkere Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern auf dem europäischen Arbeitsmarkt, insbesondere durch entsprechende Regelungen zur Anerkennung von Qualifikationen;
- Eine stärkere Koordinierung der Körperschaftsteuer in Europa durch Einführung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Steuerkorridore; Eine
- angemessene Neustrukturierung und Regulierung des europäischen Finanzsektors, ohne die Refinanzierung der Realwirtschaft und die Fähigkeit von Unternehmen zur Absicherung gegen Risiken, zu gefährden;
- Energie- sowie Rohstoff- und Materialeffizienz: Auf europäischer Ebene muss die Einführung eines Top-Runner-Systems vorangetrieben werden;
- Die EU-Rohstoffinitiative und die Rohstoffpolitik Deutschlands müssen enger und wirksamer verzahnt werden, sowohl mit Blick auf den Import von Rohstoffen aus dem Ausland, als auch hinsichtlich des Recyclings und des Zugangs zu heimischen Primärrohstoffen;

- Die Stärkung des multilateralen Handelssystem der WTO – Ziel ist es, die Doha-Runde im Interesse aller Akteure erfolgreich abzuschließen. Beim Marktzugang für Industriegüter ist auf einen schnellen Kompromiss hinzuwirken. Ebenso ist auch der Marktzugang für Güter aus Entwicklungsländern nach Europa zu verbessern. Der besondere Schutz sensibler Produkte und Märkte bleibt davon unberührt, damit eine nachhaltige Entwicklung lokaler Märkte in den Entwicklungsländern möglich bleibt;
- Die Verbesserung des Marktzugangs für die Industrie durch bilaterale Freihandelsabkommen, vor allem mit wachstumsstarken Schwellenländern in Asien und Lateinamerika;
- Der Schutz des geistigen Eigentums muss im internationalen Kontext weiter verstärkt werden. Fälle von Produktpiraterie sollten auch durch Streitbeilegungsverfahren der WTO konsequent verfolgt werden. Daneben ist es wichtig, Regeln zum Schutz geistigen Eigentums auch in bilateralen Abkommen der EU zu verankern und insbesondere die Verfahren zur Verfolgung von Verstößen durch betroffene Unternehmen selbst zu erleichtern;
- Auf allen staatlichen Ebenen muss die Prüfung vorhandener Subventionen konsequent weiterverfolgt werden und neben einem möglichen Abbau auch einen Umbau hin zu ressourcensparenden Anreizen beinhalten. Europäische Union, Bund, Länder und Gemeinden sind in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich aufgefordert, nach entsprechenden Wegen zu suchen, die eine größtmögliche Akzeptanz finden.

Zuleitungsformular

Stand: November 2009

Stellv. Fraktionsvorsitzende/r
Hubertus Heil, MdB

Berlin, 19.01.2012

An den
Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer
der SPD-Bundestagsfraktion
Herrn Thomas Oppermann, MdB
z.Hd. Undine Böhme / Christian Buchholz

Kopie des ausgefüllten Zulei-
tungsformulars bitte an die zu-
ständige Arbeitsgruppe zurück-
senden

im H a u s e

Bezeichnung der Vorlage:

Positionspapier
**Sozialdemokratische Industriepolitik - Impulse für den Standort
Deutschland**

Mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe

- a) für die Terminierung in den Fraktionsgremien
- b) für die Behandlung im Plenum

einverstanden.

Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:

gez. Hubertus Heil

(Unterschrift)

**Anlage: Vorblatt
Vorlage**

Vorblatt
für Vorlagen der Fraktion der SPD
Stand: Mai 2011

Garrelt Duin

(Federführendes MdB)
Tel. 70145

Dirk von der Hude

(Verantw. Referent/in)
Tel. 59491

An die/den zuständige/n Stellv.
Fraktionsvorsitzende/n Hubertus Heil

im Hause

Bezeichnung der Vorlage

Positionspapier

Sozialdemokratische Industriepolitik - Impulse für den Standort Deutschland

Botschaft und wesentlicher Inhalt

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten - anders als andere Länder - daran festgehalten, seine Industrie nicht aufzugeben, sondern weiterzuentwickeln. Die deutsche Industrie steht dabei vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, Umwelt- und Klimaschutz, Rohstoffverknappung, technologische Innovationen und demografische Entwicklung sind Treiber eines Strukturwandels, der auch die Industrie weiter verändern wird.

Das Papier will dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Ziel ist es, die Bedeutung der Industriepolitik innerhalb einer modernen Wirtschaftspolitik wieder zu erkennen, ihr einen besonderen Stellenwert einzuräumen und aktive Industriepolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Vollbeschäftigung und als Kernelement zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu fördern. Für die SPD ist dies Teil ihres Markenkerns.

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien

Eine umfassende Positionsbestimmung zu den einzelnen Handlungsfeldern moderner Industriepolitik / dem Ansatz einer integrierten Industriepolitik liegt seitens der anderen Fraktionen nicht vor.

Sonstige Bemerkungen

Beschlossen in der **Arbeitsgruppe** Wirtschaft und Technologie

am 17.01.2012

In folgenden Arbeitsgruppen mitberaten	am	Votum
1. Umwelt	17.01.2012	Zustimmung m. Änd.
2.A+S	17.01.2012	Zustimmung
3. Auswärtiges	13.12.2011	Zustimmung
4. Bildung + Forschung	24.01.2012	Zustimmung signalisiert
5. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz	24.01.2012	Zustimmung signalisiert
6. EU	17.01.2012	Zustimmung
7. FSFJ	17.01.2012	Zustimmung
8. Finanzen	17.01.2012	Zustimmung
9. Haushalt	24.01.2012	Zustimmung signalisiert
10. Inneres	17.01.2012	Zustimmung
11. Verkehr, Bau, Stadtentwicklung	17.01.2012	Zustimmung
12. wirtschaftliche Zusammenarbeit	17.01.2012	Zustimmung m. Änd.
13. Recht	16.01.2012	Zustimmung
14. Menschenrechte	17.01.2012	Zustimmung m. Änd.
15. Kommunales	13.12.2012	Zustimmung

Votum der AG Haushalt zu den finanziellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und den EU-Haushalt und der AG Finanzen zu den steuerlichen Auswirkungen

Abstimmung mit den A-Ländern

Gewünschter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien

GfV	am 23.01.2012	Berichterstatter/in Hubertus Heil
FV	am 23.01.2012	Berichterstatter/in Hubertus Heil
Fraktion	am 24.01.2012	Berichterstatter/in Garrelt Duin

Einbringungsdatum: entfällt

Vorschläge für die Behandlung im Plenum

entfällt

19.01.2012

(Datum)

gez. Dirk von der Hude

(Unterschrift)